

**Human Security Now, New York (Commission on Human Security) 2003; Human Security Report 2004, Oxford (Oxford University Press), forthcoming.**

„Menschliche Sicherheit« ist ein vielbenutztes Konzept. Ein Grund für diese Attraktivität liegt in seiner Unbestimmtheit – es lässt sich vieles darunter verstehen. Befriedigend ist diese Situation allerdings nicht, und so ist es gut, dass mit *Human Security Now* und dem *Human Security Report* zwei Berichte vorliegen bzw. vorbereitet werden, welche die beiden Extrempositionen in der Diskussion um menschliche Sicherheit markieren und es erlauben nach dem Kern des Konzeptes zu fragen. Das ist zum einen die »japanische« Sicht, in der Sicherheit vor der Gesamtheit der Bedrohungen menschlicher Existenz als zentrale politische Aufgabe angesehen wird und zum anderen die »kanadische« Sicht, in deren Mittelpunkt der Schutz des Individuums vor physischer Gewaltandrohung steht.

Vielleicht wenig verwunderlich beschreiben die Mitglieder der »Kommission für menschliche Zusammenarbeit«, benannt und finanziert von der japanischen Regierung, in ihrem im Mai 2003 vorgelegten Abschlussbericht vielfältige Bedrohungen menschlicher Existenz. Herausgekommen ist ein widerspenstiges Produkt, voller Ideen und Vorschläge, aber ohne die erhoffte Klärung der vielen kritischen Fragen an das weite Konzept der menschlichen Sicherheit.

Das Ziel menschlicher Sicherheit wird definiert als der Schutz des »vitalen Kerns allen menschlichen Lebens in einer Weise, die die menschliche Freiheit und menschliche Erfüllung befördert«. Menschliche Sicherheit bedeutet »Menschen vor kritischen (schweren) und umfassenden (häufigen) Bedrohungen und Situationen zu schützen«. Bewusst wird im Bericht auf eine Auflistung der Bedrohungen und der Elemente des »vitalen Kerns« des menschlichen Lebens verzichtet, da beides nicht für alle Menschen gleich sei. Unterschiedliche Kulturen hätten hierzu durchaus unterschiedliche Einstellungen, auch wandelten sich Bedrohungsvorstellungen im Zeitablauf. Insgesamt haben die Kommissionäre unter dem geteilten Vorsitz der früheren Hochkommissarin für Flüchtlinge und jetzigen Chefin der japanischen Entwicklungsbehörde, Sadako Ogata, und des indischen Wirtschafts-Nobelpreisträger Amartya Sen eine bedrückende Auflistung der lebensbedrohenden Umstände geleistet, die besonders arme Menschen weltweit betreffen.

Vor allem auf Grund der fehlenden konzeptionellen Schärfe sind die politischen Empfehlungen der Kommission willkürlich. Jede in sich ist richtig, aber insgesamt bleiben sie unverbunden. Zu den Empfehlungen gehört die Eindämmung der Proliferation von Kleinwaffen ebenso wie die Sicherung eines Mindest-Lebensstandards für alle Menschen oder Grundbildung überall in der Welt.

Im Endeffekt bleibt der Eindruck einer wichtigen Botschaft, nämlich dass Sicherheit mehr ist als nur Schutz gegen militärische Bedrohung und die Bedrohung der Menschen sich aus vielen Quellen speist. Böse Zungen sehen hier durchaus ein Eigeninteresse der japanischen Regierung. Japan hat, gemessen am Bruttosozialprodukt, geringe Militärausgaben, aber gehört zu den weltweit größten Zahlern von Entwicklungshilfe, also Förderern internationaler Sicherheit im Sinne einer weiten Fassung des Begriffes von *human security*.

Dem in seiner Botschaft überzeugenden, aber wenig handhabbaren weiten Konzept stellt das von Andrew Mack geleitete Team an der *University of British Columbia*, das den *Human Security Report* erstellt, ein sehr enges Verständnis von menschlicher Sicherheit gegenüber. Hier geht es ausschließlich um Gewaltanwendung von Menschen gegen Menschen. In dem bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe unmittelbar vor der Veröffentlichung stehenden Jahrbuch werden Daten zu den verschiedenen Formen der Gewaltanwendung gegen Menschen vorgestellt und diskutiert – zu Opfern in Kriegen, von Kriminalität sowie Menschenrechtsverletzungen.

Eine wesentliche Erkenntnis des *Human Security Report* ist, dass die Zahl der Opfer von Kriegen in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Dies gilt auch für Kriegsfolgen allgemein. Auch die kriminelle Gewalt hat, wenn

auch nicht so stark, abgenommen.

Der Bericht diskutiert mögliche Ursachen für die festgestellte Verbesserung der menschlichen Sicherheit. Als wesentliche Gründe nennen die Autoren die Zunahme von Blauhelmissionen der Vereinten Nationen, aber auch den Ausbau internationaler Strafgerichtsbarkeit. Die Verbesserung menschlicher Sicherheit – nicht überall und nicht für alle Menschen, aber im weltweiten Durchschnitt – ist also nicht zuletzt auf Veränderungen in der internationalen Politik seit den 1990er Jahren zurückzuführen, die vor allem von »post-nationalistischen« Staaten, nicht zuletzt der kanadischen Regierung betrieben worden sind.

Neben den genannten grundsätzlichen Unterschieden gibt es auch einige Gemeinsamkeiten in den Konzepten. Im Vordergrund steht jeweils das Leid von Individuen insbesondere armer Menschen. Beide Berichte sind keine sonderlich erfreuliche Lektüre, wenn auch der *Human Security Report* einige hoffnungsvolle Botschaften enthält. In beiden Berichten wird mehr Engagement von den Reichen und den reichen Staaten zur Minderung und Vermeidung des Leids der Menschen eingefordert.

Mit ihrer Orientierung auf Individuen und deren Lebensbedrohungen ähneln die beiden Dokumente Menschenrechtsberichten, wie sie etwa *Human Rights Watch* oder *amnesty international* erstellen. Allerdings ist der Rahmen, um den es in den

beiden hier behandelten Berichten geht, deutlich weiter gesteckt. Es geht um mehr als bürgerliche Freiheitsrechte. Die beiden Berichte zur menschlichen Sicherheit berichten über den Stand der Beachtung eines – jeweils unterschiedlich definierten – Menschenrechtes auf Sicherheit. Im *Human Security Report* ist es das Recht auf körperliche Unversehrtheit durch die Aktivitäten anderer Menschen, in *Human Security Now* das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit aus jeglicher Verursachungsquelle. Damit erweitern die beiden Berichte die Berichterstattung über Menschenrechte um einige Elemente der »zweiten Generation« der Menschenrechte, festgeschrieben im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966. Darin verpflichten sich die Staaten unter anderem dazu, das Recht auf angemessenen Lebensstandard, auf Schutz vor Hunger, auf Gesundheit und Bildung anzuerkennen.

Die Nähe zur Menschenrechtsdebatte wird in beiden Berichten gesehen. Im Bericht der Ogata/Sen-Kommission wird das Verhältnis genauer untersucht. Menschliche Sicherheit wird als eine Untergruppe von Menschenrechten interpretiert, deren Kern der Schutz von Leib und Leben des einzelnen Menschen vor Bedrohungen aller Art ist. Die konsequente Sicht auf die Rechte des Individuums, und deren Missachtung in vielen Fällen, ist auch Kennzeichen des »kanadischen« Ansatzes im *Human Security Report*, nur eben mit einer sehr viel engeren Fassung der relevanten Bedrohungen. Auf dem Hintergrund der Menschenrechtsdiskussion lässt sich deshalb argumentieren, dass das »kanadische« Konzept

von menschlicher Sicherheit eine Teilmenge des »japanischen« Konzeptes darstellt. Dieser Sicht widersprechen die Macher des *Human Security Report* nicht, sie betonen ausdrücklich, dass sie sich nicht zuletzt aus pragmatischen Gründen auf Bedrohungen durch Gewalthandlungen anderer Menschen beschränken. Das weite Konzept ist nach ihrer Ansicht uferlos und damit nicht konsistent darstellbar, ihr Konzept hingegen hinreichend umgrenzt für ein zielgerichtetes Forschungs- und Dokumentationsprogramm.

Beide Berichte sind stark auf Dokumentation von Phänomenen orientiert, die analytische Tiefe der Argumentation ist gering. Im Vordergrund steht die Messung von Missständen und die induktiv-empirische Suche nach Faktoren und Umständen zu ihrer Beseitigung. »Große Theorien« oder auch nur grundsätzliche theoretische Überlegungen über die Ursachen von menschlichem Leid findet man in diesen Berichten nicht, dafür um so mehr *ad-hoc*-Vorschläge für Veränderungen. Insofern spiegeln beide Berichte eine Skepsis gegenüber theoretisch ausgefeilten und modellhaft angewandten Erklärungen wider. Das gilt sowohl für Fragen nach den Ursachen von Gewalt, vor allem aber gegenüber Entwicklungstheorien. Was zählt, ist vorrangig das Ergebnis, die Verminderung individueller Unsicherheit. Der in der Erkenntnisgewinnung dominierende Positivismus findet seine Entsprechung in der philosophischen Grundlage eines aufgeklärten Liberalismus. Ein Element dieser Grundlage ist das unterschiedslose Mitleiden mit weltweit allen Menschen, deren Leib und Leben bedroht ist. Ein anderes ist

die Skepsis gegenüber Versprechungen großer Theorien, die vor allem unter angelsächsischen Liberalen weit verbreitet ist. Sie richtet sich einerseits gegen das in Europa, nicht zuletzt in Deutschland, oft bevorzugte deduktive Ableiten von politischen Maßnahmen aus großen Theorien, andererseits aber auch gegen das Modelldenken des wirtschaftswissenschaftlichen *mainstreams*, wie er etwa im *Washington Consensus* von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zum Ausdruck kam.

Der große Nachteil der wenig analytischen Herangehensweise in beiden Berichten besteht vor allem in der Schwierigkeit über recht allgemeine Forderungen stärkeren internationalen Engagements hinaus schlüssige politische Schlussfolgerungen abzuleiten. Wie erwähnt leidet vor allem die »japanische« Fassung unter dem Gewicht der Breite und Unbestimmtheit der für relevant erklärten Bedrohungen. Über die Infragestellung der Höhe der Militärausgaben hinaus gibt es keine Hinweise auf Prioritätensetzung, etwa in der Abwägung von Bildungsausgaben gegenüber den Ausgaben für Armutsbekämpfung. Das »kanadische« Konzept hat demgegenüber eine sehr viel klarere Definition von Bedrohung, und beschreibt ein Bündel von Maßnahmen, wie der unmittelbaren Bedrohung von Leib und Leben von Menschen durch andere Menschen begegnet werden kann. Allerdings bleibt unklar, welche Mittel zum Schutz der Menschen unter welchen Bedingungen eingesetzt werden sollen, von der Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen bis hin zu militärischen Interventionen. Noch problematischer ist al-

lerdings, dass unklar bleibt, wie diese Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Strukturen des internationalen Systems, mit Staaten und nicht Menschen als zentraler Kategorie, vermittelt werden können. Zwar sind hierzu, wiederum vor allem gefördert durch die kanadische Regierung, wichtige Überlegungen angestellt worden (die im Konzept der *duty to protect* kulminieren), die aber auf vielfältige Bedenken, vor allem in den Entwicklungsländern gestoßen sein. Insbesondere die Machthabenden fürchten, nicht zu Unrecht, dass das »kanadische« Konzept der menschlichen Sicherheit, radikal zu Ende gedacht, zur Begründung einer sehr weitgehenden Interventionspolitik der reichen Staaten benutzt werden kann.

Die Schwäche der Begründung von politischen Prioritäten ist beiden Konzepten gemein. Sie ist die Kehrseite der oben genannten Stärken, der Orientierung auf Individuen, auf dokumentierbare Missstände, auf direkt mit Maßnahmen verbundene Ergebnisse, auf den empirisch feststellbaren Erfolg. Politische Empfehlungen sind punktuell und nicht strategisch, aus Erfahrungen gewonnen und nicht aus umfassenden Analysen von Gesellschaften gewonnen. Beide Konzepte menschlicher Sicherheit bieten weniger Hinweise zur politischen Prioritätensetzung als für eine grundsätzliche Umorientierung internationaler Politik, in Richtung auf eine neue, nicht-traditionelle Sicherheitspolitik, bei der Individuen im Vordergrund stehen, und nicht Staaten, sowie die Bedrohung von Leib und Leben aller Menschen weltweit, und nicht nur der Bürger eines Staates.

Beide Konzepte sind als empirisch messbare, normative Leitbilder internationaler Politik von Nutzen, allerdings für unterschiedliche Dimensionen internationaler Politik. Das »japanische« Konzept kann bei der Entscheidung über die Zuweisung von finanziellen Ressourcen hilfreich sein, das »kanadische« Konzept vorrangig in der Ausrichtung von Friedens- und Sicherheitspolitik auf den weltweiten Schutz von Individuen vor Gewaltanwendung. Mit ihrer normativ-deskriptiven Ausrichtung liefern die beiden Konzepte, vor allem in der Kombination, aber gute Maßstäbe dafür, ob die deduktiv aus Theorien und Modellen abgeleiteten Politikmaßnahmen tatsächlich dort etwas bewirken, wo sie am wichtigsten sind – nämlich bei den Menschen, die besonders unter Unsicherheit leiden.

Beide Konzepte sind also in sich hilfreich, aber sie sind doch so unterschiedlich, dass sie auch eigene Namen verdienen. Aber keine der beiden Fraktionen wird wohl bereit sein, auf den eingeführten Namen zu verzichten. Und eine dritte Fassung, die beide Konzepte vereint, ist, zumindest auf dem Konkretisierungsniveau der beiden Berichte, nicht in Sicht.

Michael Brzoska

**Hans-Georg Ehrhart / Burkard Schmitt (Hrsg.): Die Sicherheitspolitik der EU im Werden. Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2004.**

Kritiker der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union wurden im letzten Jahr in ihrer An-

sicht bestärkt, da sich die Mitgliedstaaten der EU im Zuge des Irak-Konflikts nicht auf eine einheitliche Position festlegen konnten. Nationalstaatliche Interessen führten vielmehr zu Zerwürfnissen und ließen die multilateral geprägte EU gegenüber der unilateral ausgerichteten amerikanischen Außenpolitik handlungsunfähig erscheinen. Die Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die autonomen Militäreinsätze *Artemis* im Kongo bzw. *Concordia* in Mazedonien und die zum Jahreswechsel bevorstehende Übernahme der bis dahin NATO geführten SFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina (dann *Althea*), sind u. a. aber Hinweise darauf, dass die EU ihre Lehre aus dem Irak-Schock gezogen hat und nun Bereitschaft zeigt, politische Gegensätze zu überwinden und sich langfristig auf einen gemeinsamen außenpolitischen Kurs zu einigen.

Inwieweit die Entstehung der EU zu einem sicherheitspolitischen Akteur fortgeschritten ist, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert wird und welche Entwicklungen zu erwarten sind, wird in der Aufsatzsammlung »Die Sicherheitspolitik der EU im Werden. Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten«, herausgegeben von *Hans-Georg Ehrhart* und *Burkard Schmitt*, anhand von neunzehn Analysen untersucht. Dabei gliedert sich das Buch in vier große thematische Kapitel. Der erste Abschnitt umfasst drei Beiträge über die Bedrohungslage der internationalen Sicherheit. Zum einen durch den »transnationalen Jihadismus«, zu dessen Bekämpfung rein sicherheitspolitisch fixierte Ansätze bezweifelt werden (*Jean-Luc Marret*). Zum anderen wird

auf die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ein- und der Frage nachgegangen, ob sich die EU zu einem eigenständigen Rüstungskontrolleur entwickeln kann (*Götz Neuneck*). Darauf folgt eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen Staatszerfall und Stabilität der internationalen Ordnung und wie mit dem Konzept des Nationbuilding dieser Bedrohung begegnet werden kann (*Hans-Georg Ehrhart*).

Der zweite thematische Block beschäftigt sich mit fünf sicherheitspolitisch relevanten Aspekten des Wandlungsprozesses der EU. Diese reichen in den ersten beiden Beiträgen von der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie, deren Inhalt und Grundzüge mit der amerikanischen Sicherheitspolitik verglichen werden (*Otfried Nassauer*), bis hin zum Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Dabei werden die die Sicherheits- und Verteidigungspolitik betreffenden Ergebnisse des Konvents dargestellt und auf strukturelle Hauptprobleme bei der Umsetzung der ESVP durch die Entscheidungsstrukturen innerhalb der EU hingewiesen (*Martin Koopmann*). Auch der Irak-Krieg wird im Zusammenhang der »EU im Wandel« reflektiert und auf die Erfahrungen eingegangen, aus denen insbesondere die großen Mitgliedstaaten lernen sollten, an einem Strang zu ziehen. Nur so sei eine Abgrenzung zur hegemonalen Führungsmacht USA zu erreichen und der Nimbus als dauerhafter Appendix der NATO abzulegen (*Matthias Dembinski*). Hieran inhaltlich weiterführend werden von *Mark Webber* die parallele Erweiterung von EU und NATO und die Mög-

lichkeiten und Probleme, die aus dem Umgang mit jenen Staaten entstehen, denen eine Mitgliedschaft vorenthalten oder die gar von ihnen selbst abgelehnt wird, analysiert. Daran anknüpfend wird sich abschließend von *Patrik Fitschen* und *Seda A. Serdar* mit der Türkei als geostrategischer Partner der GASP/ESVP auseinandergesetzt. Dabei werden die aktuelle Debatte um die Beitrittsverhandlungen aufgegriffen und drei Szenarien sicherheitspolitischer Zusammenarbeit (Status quo, Assoziierung, Integration) diskutiert. Mit dem Ergebnis, dass bis zum längerfristigen Ziel der Vollmitgliedschaft eine Assoziierung angestrebt werden sollte.

Der dritte thematische Teil enthält fünf Beiträge, in deren Focus die EU als internationaler Akteur steht. Dazu dienen die transnationalen Beziehungen als zentraler sicherheitspolitischer Bezugspunkt. So wird in dem ersten Aufsatz konstatiert, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen nur bewältigt werden können, wenn in einem neuen Gemeinschaftsvertrag und einer neuen Vertragsorganisation drei transatlantische Fähigkeitslücken überbrückt werden (militärische, kultursensible und Vernetzungsfähigkeiten) (*Stanley R. Sloan/Heiko Borchert*). Im darauf folgenden Beitrag werden von *Johannes Varwick* die Ambivalenzen in der ESVP und im transatlantischen Verhältnis hinterfragt sowie drei Modelle (gleichberechtigte Zwei-Pfeiler-Allianz, unabhängige EU, US-dominierte NATO) für die Entwicklung der zukünftigen transatlantischen Sicherheitsbeziehungen diskutiert. Da die EU als wichtiger und einflussreicher Akteur im Nahost-Friedensprozess gilt,

wird in der anschließenden Abhandlung eine kritische Bilanz ihres bisherigen diesbezüglichen Engagements gezogen. Gleichzeitig werden aber auch die Grundzüge und Defizite der aktuellen *roadmap for peace* skizziert, mögliche Korrekturen hinsichtlich einer Zweistaaten-Lösung und Befriedung des Palästina-Konflikts vorgeschlagen und Herausforderungen für die EU dargestellt (*Margret Johanssen*). Der Autor des vierten Aufsatzes beschreibt die bilateralen Sicherheitsbeziehungen zwischen der EU und Russland als ausbaufähig, da Moskau die Entwicklung der ESPV tendenziell zwar positiv bewertet, gleichzeitig aber auch die größer werdende Lücke zwischen den sicherheitspolitischen Herausforderungen und dem relativ langsamen Aufbau der notwendigen Strukturen kritisch verfolgt (*Andrei V. Zagorski*). Der multilateralen Ausrichtung der EU entsprechend ist es konsequent in diesem Kapitel auch einen Beitrag dem Verhältnis der Europäischen Union zur UNO zu widmen. Da beide Organisationen ein gemeinsames Interesse an der Stärkung des multilateralen Systems und einer auf gemeinsamen Werten und Regeln gestützten internationalen Ordnung haben, so *Albrecht Schnabel*, werden die jüngsten Kooperationsbemühungen zwischen Brüssel und New York untersucht, da aufgrund von Effizienz

und Lastenteilung von Seiten der UN versucht wird, Regionalorganisationen stärker in die Verantwortung zu nehmen und mit ihnen zu kooperieren.

Das vierte und letzte Kapitel befasst sich in sechs Beiträgen mit den unterschiedlichen Fähigkeiten und Mitteln der EU-Sicherheitspolitik. Dabei wird zum einen der Frage nachgegangen, inwieweit die EU überhaupt in der Lage ist, die Vorgaben, die sie sich durch die erweiterten Petersberg Aufgaben und den *European Capability Action Plan (ECAP)* selbst gegeben hat, zu erfüllen, wenn die dafür notwendigen Rüstungsinvestitionen nicht erfolgen und Schlüsselbereiche ausgespart werden (*Julian Lindley-French*). Rüstungspolitik spielt auch in dem Artikel von *Burkard Schmitt* eine Rolle, in dem er die Gründe für die Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Rüstungspolitik (trotz Initiativen wie WEAG/WEAO, OCCAR und das LoI-Rahmenabkommen), eines gemeinsamen Rüstungsmarktes und einer im Verfassungsentwurf vorgesehenen europäischen Rüstungsagentur skizziert. Er kommt zu der Schlussfolgerung, dass sich das diesbezügliche Potential der EU durch die Beharrungskraft nationaler Interessen und die Trägheit der involvierten Bürokratien nicht entfalten kann. In diesem Zusammenhang spielen auch

Rollenspezialisierung und Ressourcenzusammenlegung eine wichtige Rolle. In einer konzeptionellen Studie erläutern *Heiko Borchert* und *René Eggenberger* die Grundprinzipien, Motive, Chancen und Risiken eines solchen Ansatzes und widmen sich dann den Fragen der Fähigkeitsplanung und -steuerung sowie der Finanzierung. In dem darauf folgenden Beitrag werden zusätzlich zu der EU-Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (*EUPM*) die o.g. Friedenseinsätze herangezogen, um die rechtlichen, institutionellen und operationellen Bedingungen, Probleme und Herausforderungen der Finanzierung von EU-Missionen aufzuzeigen. Prospektiv für die Übernahme der SFOR wird konstatiert, dass es im Vergleich zu den kleineren Missionen einer nachhaltigeren, kohärenteren und transparenteren Finanzplanung bedarf – auch um der BSP-abhängigen monetären Mehrbelastung der großen Mitgliedstaaten entgegenzuwirken (*Antonio Missiroli*). Im vorletzten Aufsatz setzt sich *Reinhardt Rummel* mit der EU als Soft-Power, gekennzeichnet durch ihre zivilen Interventionsmittel, auseinander. Dazu untersucht er, über welche Mittel die EU verfügt und welche Erfahrungen sie damit bereits gemacht hat, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass trotz einiger Entwicklungen, die organisatorischen Strukturen der EU,

ähnlich wie bei der Rüstungszusammenarbeit, ein Hindernis für den effektiven Einsatz ziviler Mittel des Krisenmanagements darstellen. Die Zusammenlegung von Ressourcen, um Synergieeffekte zu erzielen, fordert auch *Xavier Pasco* in dem letzten Beitrag des Sammelbandes. Er thematisiert dabei den Nutzen des Weltraums zur militärischen Bearbeitung komplexer Konflikte und wirft die Frage auf, ob die EU dauerhaft auf die amerikanischen Fähigkeiten angewiesen sein will, oder ob sie durch den Aufbau und die Zusammenführung eigener nationalstaatlicher, ziviler und militärischer Technologien, deren Unterscheidung nahezu unmöglich ist, ihren Autonomieanspruch untermauern wird.

Der vorliegende Band bietet insgesamt einen kompakten und kritischen Überblick über die Fortschritte und Fallstricke der sich im Aufbau befindenden Europäischen Sicherheitspolitik. Zu dem vermittelt er einen Einstieg in das umfangreiche Spektrum aktueller sicherheitspolitischer Themen, Fragestellungen und Entwicklungen. Dabei implizieren die einzelnen Beiträge keinen Absolutheitsanspruch, sondern bieten eine Grundlage für weiterführende Diskussionen.

Christoph Bleis